

# **PRESSEDIENST**

**14.12.2020**

## Neue Ergebnisse der Erwerbspersonenbefragung **Empfänglichkeit für Verschwörungsmythen mit 2. Corona-Welle gesunken, doch soziale Spaltung in der Pandemie setzt sich fort**

Parallel zum Aufflammen des Infektionsgeschehens und zum „Lockdown Light“ ist die Empfänglichkeit für Verschwörungsmythen zur Corona-Pandemie in Deutschland deutlich zurückgegangen – um fast ein Drittel. Zugleich hat aber auch die Zufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung in der Bevölkerung spürbar abgenommen. Neben der Angst, an Covid-19 zu erkranken erreicht auch die Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt einen neuen Höchststand. Und das kommt nicht überraschend: Die Zahl der Erwerbspersonen, die durch die Pandemie Einkommensverluste erlitten haben, ist weiter gestiegen. Und besonders häufig betroffen sind Erwerbstätige mit bereits zuvor niedrigen Einkommen, die seltener von Sicherungsmechanismen am Arbeitsmarkt erfasst sind. Damit erhärten sich die Indizien für eine Zunahme der sozialen Ungleichheit im Zuge der Corona-Krise, wie neue Ergebnisse aus der Erwerbspersonenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung zeigen.

Im November, und damit nach Beginn der verstärkten Kontaktbeschränkungen, sind im Auftrag der Stiftung mehr als 6100 Erwerbstätige und Arbeitsuchende online befragt worden. Dieselben Personen hatten bereits im April und im Juni Auskunft gegeben, so dass sich ablesen lässt, wie sich Einstellungen zur und Belastungen durch die Pandemie im zeitlichen Verlauf entwickeln. Die Panel-Befragung bildet die Erwerbspersonen in Deutschland im Hinblick auf die Merkmale Geschlecht, Alter, Bildung und Bundesland repräsentativ ab.

### **– 90 Prozent sorgen sich um sozialen Zusammenhalt –**

„Die Menschen nehmen in der zweiten Welle die Bedrohung durch die Pandemie sehr deutlich wahr. Dabei wird Corona intensiver als zuvor wieder als medizinische Krise erlebt: 70 Prozent der Befragten machen sich aktuell Sorgen um ihre Gesundheit, zwölf Prozentpunkte mehr als im Sommer. Das verdrängt aber nicht die Sensibilität für die sozialen Aspekte. So ist die Quote der Menschen, die sich um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland sorgen, noch einmal gestiegen: Befürchtungen über ein Auseinanderdriften der Gesellschaft äußern jetzt 90 Prozent der Befragten, nach schon enorm hohen 84 Prozent im Juni“, sagt Prof. Dr. Bettina Kohlrausch. Die wissenschaftliche Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung und Professorin für gesellschaftliche Transformation an der Universität Paderborn wertet die neuen Befragungsergebnisse aus. Die Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt treibe damit auch viele Befragte um, die akut nicht um ihre

Kontakt in der  
Hans-Böckler-Stiftung:

Prof. Dr. Bettina Kohlrausch  
Wissenschaftliche Direktorin WSI  
Telefon +49 211 7778-186  
[bettina-kohlrausch@boeckler.de](mailto:bettina-kohlrausch@boeckler.de)

Rainer Jung  
Leiter Pressestelle  
Telefon +49 211 7778-150  
[rainer-jung@boeckler.de](mailto:rainer-jung@boeckler.de)

WSI – Wirtschafts- und  
Sozialwissenschaftliches Institut  
der Hans-Böckler-Stiftung  
Georg-Glock-Straße 18  
40474 Düsseldorf, Germany

[presse@boeckler.de](mailto:presse@boeckler.de)  
[www.boeckler.de](http://www.boeckler.de)  
[www.wsi.de](http://www.wsi.de)

eigene wirtschaftliche Situation fürchten (das tun aktuell 58 Prozent) oder das akute Risiko sehen, in Folge der Krise arbeitslos zu werden (13 Prozent). Beide Werte sind seit Juni angestiegen, allerdings nur leicht.

Parallel zur gewachsenen Bedrohungswahrnehmung durch Covid-19 ist die Empfänglichkeit für Verschwörungsmythen deutlich zurückgegangen. So stimmen aktuell 28 Prozent der Befragten der Aussage zu: „Ich kann mir vorstellen, dass die Pandemie von Eliten benutzt wird, um die Interessen von Reichen und Mächtigen durchzusetzen.“ Das ist ein Rückgang um 12 Prozentpunkte oder knapp ein Drittel gegenüber Juni. 95 Prozent der im November befragten Erwerbspersonen gaben an, sich an die Hygieneregeln zu halten und Maske zu tragen. 86 Prozent reagieren nach eigener Angabe wütend, wenn sich andere Menschen fahrlässig nicht an Corona-Sicherheitsvorkehrungen halten. Zugleich ist allerdings auch die Zufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung spürbar gesunken. 55 Prozent zeigen sich aktuell zufrieden oder sehr zufrieden damit, während es vor sechs Monaten 65 Prozent waren.

– **40 Prozent der Erwerbspersonen haben durch die Pandemie Einkommen verloren** –

„Dass gleichzeitig die Empfänglichkeit für Verschwörungsmythen und die Akzeptanz von Anti-Krisen-Politik der Regierung sinken, wirkt erst einmal überraschend“, sagt die Soziologin Kohlrausch. Die Daten lieferten aber Erklärungsansätze, die alle eine Rolle spielen dürften: Erstens gebe es wahrscheinlich mehr Menschen als im Sommer, denen aus Sorge um ihre Gesundheit etwa der „Lockdown Light“ noch nicht konsequent genug sei. Zweitens habe die Zahl der Menschen weiter zugenommen, die im Zuge der Pandemie Einkommenseinbußen erlitten haben: Im November berichteten rund 40 Prozent der Befragten, aktuell und/oder zu einem früheren Zeitpunkt der Krise Einkommen verloren zu haben. Im Juni waren es gut 32 Prozent. Drittens zeige sich weiterhin, dass die Pandemie bestehende soziale Schlagseiten verstärkt“, erklärt Kohlrausch: „Menschen, die schon vorher ein niedrigeres Einkommen und eine weniger sichere Position auf dem Arbeitsmarkt hatten, sind besonders oft von Einbußen betroffen.“

So berichteten im November von den Befragten mit einem Netto-Individualeinkommen unter 1500 Euro monatlich rund 53 Prozent von Einkommenseinbußen im Verlauf der Corona-Krise. Unter den Befragten mit einem höheren individuellen Nettoeinkommen ab 2000 Euro waren hingegen mit rund einem Drittel deutlich weniger betroffen (für detailliertere Daten siehe die Grafik im Anhang). Im Juni lagen die Werte bei 43 bzw. 26 Prozent. Damit erhärten die neuen Daten die Einschätzung des WSI, dass in diesem Jahr die Einkommensungleichheit in Deutschland zunehmen dürfte. Gleichzeitig ist unter den Befragten mit niedrigen Haushaltseinkommen die Zufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Regierung deutlich geringer als in Gruppen mit höheren Einkommen.

- **Kurzarbeitergeld: Beschäftigte mit Tarifvertrag erhalten fast doppelt so häufig eine Aufstockung –**

Ein wesentlicher Grund für Einkommenseinbußen ist neben Umsatzverlusten bei Selbständigen nach wie vor Kurzarbeit, von der nach den neuen Daten im November sieben Prozent der Befragten betroffen waren. Das entspricht hochgerechnet rund 2,3 bis 2,4 Millionen Personen, von denen 48 Prozent schon länger als sechs Monate in Kurzarbeit waren. Zwar sichert Kurzarbeit damit nach wie vor zahlreiche Arbeitsplätze, sie bedeutet für Betroffene aber trotzdem oft empfindliche Verdiensteinbußen. Diese werden aktuell bei 41 Prozent der Kurzarbeitenden durch eine Aufstockung des gesetzlichen Kurzarbeitergeldes gemildert. Von den Betroffenen, die nach einem Tarifvertrag bezahlt werden, erhielten 52 Prozent eine Aufstockung, unter den Kurzarbeitenden in Betrieben ohne Tarifvertrag waren es dagegen lediglich 27 Prozent. „Das macht deutlich: Sicherungsmechanismen wie Sozialversicherung oder Tarifverträge funktionieren auch in einer langen, schweren Krise. Aber zu viele Menschen werden davon nicht voll erfasst – und das sind vor allem Beschäftigte mit ohnehin niedrigem Einkommen“, sagt WSI-Direktorin Kohlrausch.

### **Kontakt in der Hans-Böckler-Stiftung**

#### **Prof. Dr. Bettina Kohlrausch**

Wissenschaftliche Direktorin WSI

Tel. 0211-7778-186

E-Mail: [Bettina-Kohlrausch@boeckler.de](mailto:Bettina-Kohlrausch@boeckler.de)

#### **Rainer Jung**

Leiter Pressestelle

Tel.: 0211-7778-150

E-Mail: [Rainer-Jung@boeckler.de](mailto:Rainer-Jung@boeckler.de)

Sie erhalten unsere Pressemitteilungen und Presseeinladungen als Mitglied unseres Presseverteilers. Unsere Pressematerialien können Sie jederzeit abbestellen. Kontaktieren Sie uns dazu gerne telefonisch oder senden Sie uns eine E-Mail an [presse@boeckler.de](mailto:presse@boeckler.de).

Weitere Informationen gem. Art. 13 & 14 DSGVO zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erhalten Sie unter:

[https://www.boeckler.de/datenschutz/DSGVO\\_Printmedien\\_Presse.pdf](https://www.boeckler.de/datenschutz/DSGVO_Printmedien_Presse.pdf)

Anteil der Befragten, die Einbußen beim persönlichen Einkommen angeben, nach  
Individualeinkommen (N=4.669)

